

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Rainer Kraft und der Fraktion der AfD

Höhe der administrativen Auslagen von InsuResilience und deren Rückversicherungspartner sowie Nutzen für die deutsche Bevölkerung

Die von der Bundesregierung unterstützte G7-Initiative InsuResilience verfolgt das Ziel, den Versicherungsschutz gegen, nach Auffassung der Fragesteller, nicht näher bestimmte „Klimarisiken“ für Menschen in Entwicklungsländern massiv auszubauen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stellt dafür insgesamt 110 Mio. Euro zur Verfügung (www.bmz.de/de/themen/klimaschutz/Klimarisikoversicherungen/index.html). InsuResilience bietet nach eigenen Angaben Klimarisikoversicherungen für Menschen in Entwicklungsländern an. Das zuständige Sekretariat wird im Auftrag des BMZ von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH in Bonn geführt. Das Sekretariat trägt nach eigenen Angaben zum Erfolg der InsuResilience-Initiative bei, indem es die Entwicklung nachfrage- und armutsorientierter Versicherungslösungen unterstützt. Es ist verantwortlich für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, fördert die Zusammenarbeit der Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft. Auf Basis von Finanzierungszusagen aller Akteure von insgesamt 550 Mio. US-Dollar ist nach Auffassung der Antragsteller festzustellen, dass Deutschland 38,6 Prozent der finanziellen Gesamtlast aller Staaten trägt (www.bmz.de/de/themen/klimaschutz/Klimarisikoversicherungen/index.html).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Ist sich die Bundesregierung darüber im Klaren, das 38,6 Prozent der finanziellen Gesamtlast in keinem Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt Deutschlands steht?
2. Wer sind die Rückversicherungspartner von InsuResilience, und ist durch die eventuelle Beteiligung deutscher Rückversicherer ein finanzielles Risiko für die deutsche Versicherungsbranche oder deutsche Versicherte auszuschließen?
3. Ist der Bundesregierung bewusst, dass deutsche Bürger auch unter Naturkatastrophen zu leiden haben, und in welcher Weise möchte die Bundesregierung hier Risikoversicherungen unterstützen bzw. tut dies bereits?

Berlin, den 5. März 2018

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

